

Zum Tod von Peter Gingold

Ein antifaschistischer Kämpfer lebt nicht mehr

Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, Internationalist, starb am 28. Oktober in Frankfurt am Main im Alter von 90 Jahren.

Für Peter Gingold steht ein Motto: »Résistance = Widerstand – ein Leben lang!« Geboren am 8. März im Kriegsjahr 1916 erlebte er in der Weimarer Zeit die Realität der sozialen Not und des Antisemitismus. Politische Überzeugung und Handeln war für ihn eines. So organisierte er sich schon früh in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und engagierte sich vor 1933 und nach der Machtübertragung an die NSDAP im antifaschistischen Kampf.

Verhaftet im Juni 1933 wurde er von den Nazis zur Emigration gezwungen. Er ging nach Paris, wo bereits seine Eltern und Geschwister lebten. Dort setzte er seinen antifaschistischen Kampf fort. Er gehörte zu den Gründern der überparteilichen »Freien Deutschen Jugend«

(FDJ) und wurde Mitglied der KPD. Hier lernte er auch Ettie Stein-Haller kennen, die er 1940 heiratete. Über sechzig Jahre lebten sie zusammen und haben sich gegenseitig in ihrer politischen Arbeit und Überzeugung gestützt und gestärkt.

Nach dem faschistischen Überfall auf Frankreich arbeiteten beide in der französischen Résistance. 1943 geriet Peter in die Fänge der Gestapo, doch ihm gelang die Flucht. Im August 1944 nahm er am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Den 8. Mai 1945, »das Morgenrot der Menschheit«, erlebte er bei italienischen Partisanen in Turin.

Zurückgekehrt nach Frankfurt gehörten Peter und Ettie zu den Gründern der hessischen VVN und wirkten politisch in der KPD. Doch während Peter für seine antifaschistische Arbeit in Frankreich und Italien geehrt wurde, erlebte er in Deutschland lange Jahre gesellschaftliche Ausgrenzung. Als Widerstandskämpfer und Kommunist wurden ihm und seiner Frau viele Jahre die deutsche Staatsbür-

gerschaft verweigert. In Gefolge des KPD-Verbots musste Peter zeitweilig wieder in die Illegalität gehen. Später musste er erleben, dass man seine Tochter Sylvia wegen ihrer Überzeugung mit Berufsverbot belegte.

All das hat ihn nicht abgehalten, sich für seine Vision von einer sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft, frei von Krieg und Ausbeutung einzusetzen. Dass man dazu einen sehr langen Atem brauche, auch Rückschläge verkraften müsse, vermittelte er in zahllosen Gesprächen und Vorträgen, besonders gegenüber jungen Zuhörern. Und er forderte die jungen Leute auf, selber aktiv zu werden gegen Neofaschismus, Rassismus, soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Dabei ging er mit gutem Beispiel voran bei zahllosen Aktionen gegen alte und neue Nazis, ob in Mittenwald, in Wunsiedel, in Frankfurt oder Berlin.

Peter Gingold war ein viel gefragter Redner, Gesprächspartner und Zeitzeuge, der politisch reflektiert, engagiert und per-

sönlich authentisch historische Zusammenhänge vermitteln konnte. Er wurde eingeladen von Gewerkschaften oder der autonomen Antifa, von Universitäten oder der DKP und natürlich von der VVN-BdA, für die er in den letzten Jahren als Bundessprecher politisch aktiv war. Nicht zu vergessen seine Aktivitäten im Auschwitz-Komitee der BRD, gegen die Profiteure der Kriegsverbrechen wie die IG-Farben in Abwicklung, seine Arbeit für den Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland« e.V. (DRAFT).

Hier – und das zeigte eindringlich die Feier zu seinem 90. Geburtstag im Frankfurter DGB-Haus – erlebte er die Anerkennung, die ihm die bundesdeutsche Gesellschaft verweigert hatte.

Heinrich Fink & Werner Pfennig für den Bundesausschuss

Die Trauerfeier findet im November in Frankfurt/M. statt. Peter Gingold selbst wird in Paris beigesetzt werden.

NPD muss verboten und aufgelöst werden

Bundesausschuss befasst sich mit aktueller Entwicklung zur Verbotsforderung

Das war wieder eine Bundesausschuss-Tagung mit äußerst aktueller Thematik und spannender Debatte.

Am 23. und 24. September stand im Mittelpunkt der Beratungen in Magdeburg die Frage, wie auf die Entwicklungen im Neofaschismus reagiert werden kann und wie sich die VVN-BdA in der neu entfalteten Diskussion über die Möglichkeiten einer Auflösung der NPD verhält. Man war sich darüber einig, dass die NPD das »Gravitationszentrum des Neofaschismus in Deutschland« ist.

Das bestätigten ein übriges Mal die Wahlen vom 17. September in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, deren Ergebnisse der Bundesausschuss eingehend analysierte. Sie bezeugten: Die Nazis finden

vor allem dort Echo, wo politische und wirtschaftliche Unsicherheit um sich greift, wo weiterer sozialer Abstieg droht und wo die demokratischen Kräfte nicht in der Offensive bleiben. Ein NPD-Verbot kann die politische Auseinandersetzung nicht ersetzen; aber es nimmt den Faschisten organisatorische, rechtliche und finanzielle Möglichkeiten für ihre Hetze.

Intensiv wurden in den vergangenen Monaten von unseren Gremien vorbereitete Initiativen diskutiert, um 2007 ein Verbot der NPD wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Auch sonst ist viel Wichtiges von der Magdeburger Sitzung zu vermelden. Das Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland ist – seinem Antrag entsprechend – nunmehr korporati-

ves Mitglied der VVN-BdA. Unser Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation des Widerstandes (FIR), berichtete von deren Exekutivausschuss-Tagung in Moskau; von ihr ist eine Erklärung zur gegenwärtigen Entwicklung der extremen Rechten in Europa zu erwarten. Im März 2007 wird in Frankfurt am Main eine Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der deutschlandweiten VVN-Gründung stattfinden; dafür wird der Bundessprecherkreis ein Konzept erarbeiten. Erörtert wurde ferner die Lage in den Gedenkstätten, die in mehreren Fällen unsere Besorgnis erregt.

Regina Elsner, die Bundesschatzmeisterin, nahm zur Mitgliederbewegung und zur Erfüllung des Finanzplans Stellung. Sie

mahnte Schritte an, die dazu führen können, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu senken. Einmütig bestand die Auffassung: Junge Freundinnen und Freunde können zum Beitritt und zur Mitarbeit gewonnen werden, wenn ihnen konkrete Aufgaben übertragen werden. Davon wird auch auf dem nächsten bundesweiten Jugendtreffen die Rede sein, das am 13. Januar 2007 in Berlin stattfinden wird; über den Stand der Vorbereitung referierte in Magdeburg Bundessprecher Paul Bauer.

Und noch eine gute Nachricht zum Abschluss: Der Internet-Auftritt unserer Vereinigung wird einen neuen Aufschwung und eine wesentliche Ausweitung erleben: Rainer Zorn, unser Webmaster, stellte dies dem Bundesausschuss in Aussicht. **Gerhard Fischer**

NS-Verherrlichung in Halbe stoppen!

Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche an Soldatenfriedhof in Brandenburg

Schon 1990 und 1991 versammelte sich die militante Naziszene der Bundesrepublik am »Volkstrauertag« in Halbe. Danach wurde der Naziaufmarsch bis zum Jahr 2002 verboten.

Seit 2003 führt der Nazi-Verein Freundeskreis Halbe e.V. im November am Vortag des »Volkstrauertags« hier sein »Heldengedenken« durch. Ziel der Naziaufmärsche ist der Waldfriedhof von Halbe, der größte deutsche Soldatenfriedhof. Die Nazis wollen diesen Friedhof als Symbol, als NS-Wallfahrtsort etablieren. Mit der Ehrung der toten Soldaten und der Leugnung der deutschen Verbrechen versuchen sie, den Nationalsozialismus und den Krieg zu verklären. Nachdem im November 2005 der Aufmarsch von 1700 Neonazis durch ein breites gesellschaftliches Bündnis gestoppt werden konnte und auch der »Rudolf Hess-Gedenkmarsch« in Wunsiedel verboten wurde, mobilisiert die rechtsradikale Szene verstärkt nach Halbe.

Zwar beabsichtigt die Brandenburger Landesregierung, mit einer zwiespältigen Initiative das Versammlungsgesetz zu ändern. Mit der »Lex Halbe« sollen Versammlungen an Gräberstätten in Brandenburg künftig grundsätzlich ver-



Nazis marschieren durch Halbe. Demokraten fordern: Schluss mit diesem Spuk!

boten sein. Damit wäre es Polizei und Versammlungsbehörden lediglich möglich, eine Bannmeile um den Friedhof zu ziehen und den Nazi-Aufmarsch auf den Ortskern von Halbe zu beschränken.

Gespensstischem Treiben ein Ende setzen

So wird es wieder die Aufgabe von antifaschistischen Gegendemonstranten sein, den Nazis den Weg zu verstellen. Zwei Protestveranstaltungen wollen den Nazis die »Marschroute« streitig ma-

chen. Das Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit will zusammen mit dem lokalen Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche wie 2005 einen »Tag der Demokraten« in Halbe durchführen. Unabhängige Antifagruppen des Berlin-Brandenburger Bündnisses »NS-Verherrlichung stoppen!« haben zusammen mit der Berliner VVN-BdA eine antifaschistische Kundgebung auf der Naziroute angemeldet. Wo und wie die Kundgebungen der Demokraten stattfinden können und ob die Nazis marschie-

ren dürfen, werden letztendlich kurz vorher die Gerichte und die Polizei entscheiden. Es bleibt also spannend.

Denn ob die Nazis wirklich marschieren können, liegt an uns: Im November 2005 haben sich antifaschistisch gesinnte Brandenburger und Berliner BürgerInnen jeden Alters in einem Akt zivilen Ungehorsams den Nazis direkt entgegengestellt und die Route blockiert. Es sollte auch in diesem Jahr möglich sein, ohne Berührungspunkte und in einem solidarischen Miteinander verschiedene Formen von Protest und Widerstand gegen den Naziaufmarsch zuzulassen. Für uns ergänzen sich beide Initiativen, bieten sie doch einem breiten Spektrum von Menschen die Möglichkeit, sich an den Protesten zu beteiligen.

Deshalb unterstützen wir – linke und antifaschistische Initiativen aus Berlin und Brandenburg – die Proteste in Halbe durch einen eigenständigen, entschieden antifaschistischen Zug.

Antifa-Initiative Moabit (korporatives Mitglied VVN-BdA)

NS-Verherrlichung stoppen – Naziaufmarsch verhindern! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Kommt am 18. November ab 10.00 Uhr nach Halbe!

Infos unter: www.redhalbe.de

Neuerscheinung von trauriger Aktualität

Die 60-seitige Dokumentation zum 90. Geburtstag des kürzlich verstorbenen Antifaschisten und Kommunisten Peter Gingold, mit allen Großworten der Geburtstagsfeier am 10. März und Referaten der geschichtspolitischen Konferenz am 11. März 2006 ist gerade erschienen.

Sie enthält Beiträge unter anderem von Peter und Siegmund Gingold, Conny Kerth (VVN-BdA), Florian Schmalz (Auschwitzkomitee), Horst Schmitthener (IG Metall), Ulrich Schneider (FIR), Robert Steigerwald (Marx-Engels-Stif-

tung), Heinz Stehr (DKP) und Sarah Wagenknecht (MdEP Linkspartei.PDS).

Der Ladenverkaufspreis beträgt 5 Euro, der Organisationspreis beträgt 4 Euro und für Wiederverkäufer ab 10 Exemplare werden 3 Euro plus Porto berechnet.

Bestellungen an die Herausgeberin: Lagergemeinschaft Buchenwald – Dora/Freundeskreis e.V., Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt am Main, oder per E-Mail an gomaho@aol.com (Horst Gobrecht).

Ulrich Schneider · Horst Gobrecht

**Résistance
= Widerstand
- ein Leben lang!**



Dokumentation zum 90. Geburtstag des Antifaschisten und Kommunisten Peter Gingold aus Frankfurt am Main

Herausgeberin:
Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora / Freundeskreis e.V.

Empörung in Italien

Münchener Staatsanwaltschaft stellt Gebirgsjäger-Verfahren ein

»Erschütternd« und »eine schwere Beleidigung für Tausende von Gefallenen«: Mit diesen in der italienischen Zeitung »Corriere della Sera« zitierten Äußerung steht der Historiker Paolo Paoletti nicht allein. In ganz Italien gab es ein empörtes Echo auf den Beschluss der Münchener Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen den 86-jährigen ehemaligen Wehrmachtsleutnant Otmar Mühlhauser wegen Verjährung einzustellen.

Mühlhauser war 1943 maßgeblich an Massenerschießungen unbewaffneter italienischer Soldaten auf der griechischen Insel Kephallonia beteiligt. So hatte er das Kommando gegeben, den italienischen General Antonio Grandin und mindestens zwölf Offiziere zu erschießen. Dem Wehrmachts-Massaker der Gebirgsjägertruppe, der Mühlhauser angehörte, fielen insgesamt rund 5 000 Menschen zum Opfer.

Das Internet-Magazin »German-Foreign-Policy« dokumentiert in Auszügen den Einstellungsbeschluss der Münchener Staatsanwaltschaft vom 27. Juli 2006, der erst vor kurzem öffentlich wurde (www.german-foreign-policy.com). Die Erschießung der italienischen Offiziere sei zwar »rechtswidrig und schuldhaft vom Beschuldigten begangen worden (...), es liegt jedoch kein Mordmerkmal im Sinne von Paragraph 211 Absatz 2 StGB vor«. »Politische Beweggründe« hätte es beim Beschuldigten nicht gegeben. »Es ging«, so die Staatsanwaltschaft, »vielmehr allein um militärische Belange, die zur Erschießung (...) führten.« Es habe

sich somit um Totschlag gehandelt, der inzwischen verjährt sei.

Bereits vor zwei Jahren, als die Ermittlungen gegen Otmar Mühlhauser wieder aufgenommen wor-

»Nur noch alte Geschichten«

den waren, suchte ihn die italienische Zeitung »Repubblica« in seinem Heimatort, dem schwäbischen Dillingen, auf. Schon damals berief er sich darauf, einem Befehl gefolgt zu sein, der »direkt von Hitler kam« und zeigte keine Reue: »In Deutschland spricht kein Mensch mehr über den Krieg. Das sind doch nur noch alte, längst vergessene Geschichten.« Er darf sich jetzt durch den Einstellungsbeschluss bestätigt fühlen.

Besonders empört ist man in Italien darüber, wie mit dem Andenken an die Ermordeten von Kephallonia in Deutschland umgegangen wird: »Die Münchener Staatsanwaltschaft betrachtet sie immer noch als Verräter, ehemalige Verbündete des dritten Reiches, die sich in feindliche Kombattanten verwandelt hatten und daher den Schutz nicht verdient hatten, der Kriegsgefangenen zusteht«, kommentiert »Corriere della Sera«.

Ernst Antoni

Zur unzulänglichen Strafverfolgung von NS- und Wehrmachtsverbrechern siehe auch die NRW-Seiten dieser antifa.



Ernst Grube beim DGB-Antikriegstag im ehemaligen STALAG VII A in Moosburg, wo vor allem sowjetische Kriegsgefangene ihr Leben lassen mussten. Foto: Werner Rauch

»Verhandeln, verhandeln!«

Ernst Grube sprach auf Veranstaltungen des DGB zum Antikriegstag

Als Referent zu den diesjährigen DGB-Antikriegstags-Veranstaltungen in Landshut und Moosburg war Ernst Grube, Landessprecher der VVN-BdA Bayern, als KZ-Überlebender und Zeitzeuge eingeladen.

In seinen Ansprachen schilderte er, was ihm und seinen Angehörigen in der NS-Zeit widerfahren war, berichtete über die Zeit der Remilitarisierung der Bundesrepublik und den Kampf dagegen und ging ausführlich auf die aktuellen Kriegsschauplätze ein – und auf die Rolle, die hier Politik und Militär der Bundesrepublik Deutschland

spielen. Im Folgenden einige Auszüge aus dem Referat:

»Politisch und wirtschaftlich einflussreiche Kreise sind derzeit dabei, nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatenge-

Nicht nur George Bush schießt nach Bodenschätzen

füges, an einer Neuaufteilung der Welt zu arbeiten. Es geht – wie schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts – um Einflussphären, Rohstoffe und Bodenschätze. Wir brauchen da nicht nur zu Herrn Bush in den USA zu schauen, dessen Interessenpolitik für seine heimischen Ölkonzerne ein offenes Geheimnis ist.

Die Bundeswehr wurde und wird weiterhin in einem gigantischen Aufwand für diese internationalen »Aufgaben« um und ausgebaut. Mit jedem Auslandseinsatz gewöhnt sie die deutsche Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit an militärische Handlungen, die nicht der Verteidigung dienen. (...)

Die Organisationsstruktur der Bundeswehr ändert sich. Im Rahmen der Nato werden mobile Einsatzgruppen geschaffen, die als Stoßtrupp in aller Welt eingesetzt werden können und die auch im

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landesmitgliederversammlung

im Februar 2007 in Dachau

Wie von der Landesdelegiertenkonferenz beschlossen, wollen wir im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung die inhaltlichen Diskussionen zum Selbstverständnis und zur Politik der VVN-BdA vertiefen und erweitern.

In Plenum und Arbeitskreisen wollen wir uns – auch anlässlich des 60. Jubiläums der Gründung der VVN in Bayern – eingehender mit den Entwicklungen vor 1933, vor allem aber von 1945 bis heute befassen.

Gastreferent (angefragt): Prof. Kurt Pätzold, Berlin

**Samstag, 24. Februar 2007, 10 Uhr
im Jugendgästehaus Dachau**

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern
Nr. 10532-807, Postbank
München, BLZ 700 100 80.

Hans Grüner war einer der ersten Verfolgten

Gedenkstein erinnert an Schwarzenbacher Antifaschisten und seine Mitstreiter

Der Verein gegen das Vergessen hat im Oktober auf dem Friedhof von Schwarzenbach/Saale einen Gedenkstein für Hans Grüner eingeweiht.

Damit soll der Männer und Frauen gedacht werden, die sich der Nazi-Diktatur entgegengestellt haben und die als erste Opfer der Unterdrückungsmaschine wurden. Menschen, die bereits vor 1933 die Nazis bekämpft hatten und die nach dem braunen Machtantritt teuer für ihren Widerstand bezahlten. Es waren vor allem die Aktiven aus der Arbeiterbewegung, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerk-

schafter, die von Beginn der NS-Diktatur an verfolgt wurden.

Am 24. April 1933 wurde Hans Grüner erstmals ins KZ Dachau eingeliefert. An diesem Tag werden über 100 politische Gefangene aus den Landgerichtsgefängnissen Hof und Bayreuth in das neu eingerichtete Konzentrationslager überstellt; neben Grüner kamen zehn weitere Verfolgte aus Schwarzenbach.

Geboren wurde Hans Grüner am 19. Oktober 1910 in Kirchenlamitz. Später zieht er nach Schwarzenbach. Politisch engagiert er sich in der KPD. Viele Opfer der ersten Verhaftungswelle wurden nach einigen Monaten

oder Jahren wieder aus dem KZ entlassen. Auch Hans Grüner.

Im Herbst 1935 wird er erneut verhaftet und am 11. November 1935 wieder in das KZ Dachau eingeliefert, später kam er nach Mauthausen. Nach einem Wirtschaftstreit in Schwarzenbach hatte er seinen Unmut lautstark Luft gemacht und wurde denunziert. Im November 1944 wurde er aus dem KZ heraus noch in den Krieg gezwungen. KZ-Häftlinge wurden als Kanonenfutter in die berüchtigte Strafkompagnie Dirlwanger überstellt.

Als Hans Grüner 1945 nach Schwarzenbach zurückkehrt, haben über zehn Jahre KZ-Haft seine Gesundheit ruiniert. Am 17.

April 1946 stirbt er. In Schwarzenbach findet er seine letzte Ruhstätte. Als das Grab aufgelöst werden soll, erwirbt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) die Grabstätte für weitere 25 Jahre.

Klaus Bruno Engelhardt

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Durch eine technische Panne gingen in der letzten *antifa* die Glückwünsche für die Kameradinnen und Kameraden verloren, die im Oktober Geburtstag feiern. Ihnen sei hiermit nachträglich noch herzlich gratuliert.

Oktober: Hans Wiesbauer, München, 94 Jahre; Gisela Freudenthal, Füssen, 80 Jahre; Margarete Futran, Krailling, 75 Jahre; Margarete Schachtner, Nürnberg, 60 Jahre; Torsten Heinsohn, München, 60 Jahre; Günther Ketterl, München, 60 Jahre.

November: Anni Schwalme, Neustadt, 94 Jahre; Maxi Besold, Unterhaching, 85 Jahre; Erich Thurm, München, 82 Jahre; Ursula Schmid, Fischach, 81 Jahre; Karl Heinz Schneider, Augsburg, 60 Jahre.

Dezember: Adam Renner, Bamberg, 86 Jahre; Irmgard Göhring, Nürnberg, 85 Jahre; Franz Prockl, München, 84 Jahre; Bruno Köhler, Schweinfurt, 81 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 80 Jahre; Werner Feldmann, Eichenau, 75 Jahre; Anna Mederitsch, München, 70 Jahre; Brigitte Felsl-Schneider, Augsburg, 60 Jahre; Gertrud Neidiger, Freising, 60 Jahre; Horst Rupp, Bamberg, 60 Jahre.



Naziprovokation

auf der Demo am 7. Oktober 2006 »Gegen III. Startbahn am Flughafen MUC« in Freising: Tausende Teilnehmer äußerten ihren berechtigten Protest gegen Umweltzerstörung und Fluglärm. Unter die Demonstranten mischte sich die NPD. Wieder ein Beleg dafür, dass die Orientierung der Nazis auf Bayern als Schwerpunktbereich konkrete Formen annimmt. Mit eigenen provokativen Veranstaltungen (wie unlängst zur Revision der Nürnberger Prozesse in der Frankenmetropole) oder auch als ungebetene Gäste bei demokratischen Aktionen.

Ernst Grube: »Verhandeln, verhandeln!«

(Fortsetzung von Seite 3)

Inneren eingesetzt werden sollen. Dies wäre eine erneute Militarisierung, die einen Verfassungsbruch darstellt. Die Bundeswehr kann dann im Inneren zur ‚Schadensabwehr‘ eingesetzt werden. (...)

Es kann nur eine Lösung geben – so schwer es auch sein mag – und die heißt: Verhandeln, verhandeln! Dies gilt auch und vor allem für den Nahostkonflikt. Wer für eine ruhige und sichere Zukunft des Staates Israel ist, darf diesen Krieg nicht gut heißen. Schon gar nicht den

Einsatz von so genannten Streubomben und anderen Waffen, die sich vorwiegend gegen die Zivilbevölkerung richten.

Israels Zukunft ist nur ohne Krieg gesichert

Ich weiß, dass ich mich mit dieser Meinung im Kreis jüdischer Menschen nicht alleine befinde. Ich weiß natürlich auch, dass die Vertreter des Zentralrates der Ju-

den und viele Menschen in unserem Lande andere Meinungen vertreten.

Aber sollen denn die Regierungen in Israel ewig Krieg führen? Mich und die jüdischen Menschen, die den Krieg Israels und die Missachtung der rechtmäßig gewählten palästinensischen Regierung ablehnen, bewegt nur eins: Die Sicherung des Staates Israel jetzt und in Zukunft!«

Redaktion: Ernst Antoni

Es soll kein Gras darüber wachsen!

Schüler pflegen ehemaligen Synagogen-Platz – Mahnwache zur Reichspogromnacht

Bis zur Nacht des 9. November 1938 stand auf dem Joseph-Carlebach-Platz die Synagoge der jüdischen Gemeinde Hamburgs. Heute, mehr als 65 Jahre später, stehen dort Schülerinnen und Schüler der Schule Charlottenburger Straße. Sie pflegen ein Mahnmahl und die Erinnerung an die Pogromnacht, in der die Nazis die Stätte zu einem Schauplatz der Judenverfolgung machten.

Die Synagoge wurde in Brand gesteckt und schwer beschädigt. Die Mitbürger jüdischen Glaubens mussten den Abbau der Ruine selbst bezahlen. Heute ist auf dem Platz nur noch der Umriss der Synagoge zu erkennen.

Die Stadt hatte schon vor Jahren die Kosten für die Reinigung des Platzes nicht mehr übernommen, der Platz war daraufhin zusehends verkommen. Das Hamburger Abendblatt berichtete über den unwürdigen Zustand des Platzes, und der Arbeiter-Samariter-Bund übernahm mit dem Projekt »Sozial macht Schule« – nach Rücksprache mit dem ehemaligen Schulleiter der Schule Charlottenburger Straße sowie den Schülerinnen der damaligen zehnten Klasse – die Patenschaft über die regelmäßige Pflege. Eine seltene Konstellation, in der der Ausfall kommunaler Verantwortung in Eigeninitiative tatsächlich »besser« aufgehoben werden konnte. Seit dem wird die »symbolische Schaufel« immer im Frühjahr an die nachfolgende Klasse übergeben und ermöglicht vielen Menschen, eine persönlichen

Bezug zum Gedenken zu entwickeln.

Bei dem Stichwort Erinnerungsarbeit muss dann aber auch das Ausschwitzkomitees genannt werden, welches mit seinem großartigen Abenden in dieser Stadt am 9. November das Gedenken an die Reichspogromnacht durch interessante, lebendige und zudem durch hohe Besucherzahlen honorierte Veranstaltungen wach hält. Und schließlich ist es der Beständigkeit der VVN-BdA zu verdanken, die – ich erinnere mich genau – vor mehr als zehn Jahren auf einer Versamm-

dauerhafte Kooperation mit der Anwohnerinitiative Grindelberg und der Universität Hamburg – in deren unmittelbarer Nachbarschaft die Gedenkstätte liegt – schließlich aus einer kleinen »Insider«-Veranstaltung eine dem Anlass würdige Gedenkveranstaltung zu etablieren.

In diesem Jahr wird der »Kindertransporte« aus Auschwitz und anderer Vernichtungslager erinnert. Über das Reichsbahnschiennetz kamen im April 1945 20 jüdische Kinder aus dem Vernichtungslager Auschwitz nach Ham-

burg, dort wurden sie in der Schule am Bullenhuserdamm ermordet. Die VVN-BdA Hamburg setzt sich dafür ein, dass eine auf französischen Bahnhöfen gezeigte Ausstellung endlich auch auf den Bahnhöfen der Deutschen Bahn und speziell auch hier in der Hansestadt gezeigt wird. Bisher hält die Bahn allerdings an ihrer ablehnenden Haltung fest und besteht stur auf ihrem Hausrecht.

Auf der diesjährigen Mahnwache spricht der Vize-Präsident der Hamburger Universität, Professor Dr. Holger Fischer. Außerdem sagte Dr. Erika Hirsch, Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule Karolinen-

straße, ihr Kommen für die Hamburger Veranstaltungen am 9. November zu.

Weitere Unterstützer – und zum Teil am Programmablauf beteiligt – sind die Jüdische Organisation Norddeutscher Studierender (JONS), Mechadasch (ein Zusammenschluss der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule und Arie-Goral-Sternheim-Gesellschaft e.V.), Pax Christi Hamburg, und Verdi Fachgruppe Sozial – Kinder und Jugend.

Wolfram Siede



Handzeichnung von der Synagoge.

VVN-BdA HH

lung alle nicht bekannten Gesichter, wie ich eines war, persönlich ansprach. Seitdem komme ich jedes Jahr!

Über die Jahre, und vor allem durch den Einsatz der Kameradin Steffi Wittenberg, gelang es durch

9. November 2006: Veranstaltungen

**15.30 bis 16.30 Uhr
Mahnwache**

Es spricht Prof. Dr. Holger Fischer, Vize-Präsident der Universität Hamburg.

Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof)

**19.30 Uhr
»Gegen das Vergessen«
Veranstaltung des
Auschwitz-Komitees**

»60 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess« mit Alice Riccardi-von Platen, Ärztin, Psychoanalytikerin und Prozessbeobachterin. Außerdem wirken Elsa Werner sowie Esther und Edna Bejarano mit der Gruppe Coincidence mit.

Hörsaal 1 des DWP (frühere HWP)
Von-Melle-Park 9

Das »andere« Salzburg

Historisch-politische Exkursion der VVN-BdA Traunheim

Fast Tradition geworden sind die Fahrten des Kreisverbandes Traunstein der VVN-BdA zu Erinnerungsorten in der näheren Umgebung. Im Oktober ging es nach Salzburg.

Aber nicht Mozartkugeln und Festspielzauber standen auf dem Programm, sondern ein Blick hinter die Kulissen der Stadt.

Der Kunsthistoriker Dr. Gert Kerschbaumer, seit Jahrzehnten in

der Salzburger »Geschichtspolitik« engagiert, zeigte auf einem Stadtrundgang den rund 25 Teilnehmern an verschiedenen Schauplätzen das »andere« Salzburg, das bis heute gerne verdrängt wird: Der

Bogen reichte vom Antisemitismus und den Schikanen gegenüber Schriftsteller Stefan Zweig und Regisseur Max Reinhardt, über die Rolle der Festspiele im »Dritten Reich« bis hin zum Terror gegen die Arbeiterbewegung.

Besonders wichtig war den Teilnehmern, dass der Referent auch den heutigen Umgang der Stadt mit ihrem Erbe aufs Korn nahm. **F.M.**

3000 demonstrierten gegen Faschisten

Hamburger Naziaufmarsch am 14. Oktober nur auf abgekürzter Route möglich

»Wir wollen eine solidarische Stadt, in der antisemitische und rassistische Angriffe von Neonazis entschieden zurückgewiesen werden – klar und eindeutig«, so Norman Paech auf der Auftaktkundgebung des »Bündnis gegen Rechts« am 14. Oktober.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete der Linkspartei charakterisierte die verschiedenen Aktivitäten des Hamburger Bündnisses gegen Rechts als »solidarisches Miteinander von Gewerkschaften, politischer Linker und Kulturinitiativen«. Verdi-Landesbezirksleiter Wolfgang Rose ging in seiner Rede auf den Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau ein, der den »Braunen Demagogen ermöglicht, mit populistischen Schlagwörtern die wachsende Verunsicherung von Menschen auf ihre Mühlen zu lenken«. Im Anschluss zogen 3000 Antifaschisten und Antifaschistinnen vom Gänsemarkt lautstark, friedlich und ohne Zwischenfälle und Übergriffe der Polizei durch die Hamburger Innenstadt.

Zeitgleich startete auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz ein »Fest für Toleranz und gegen die braunen



VVN-Mitglieder auf der Gegendemonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts. Bild: VVN-BdA Hamburg

Parolen«, auf dem sich im Laufe des Tages viele hundert Menschen beteiligten und informierten. Für die GAL sprach Christoph Whyll dort von der notwendigen »Selbstverpflichtung für Demokraten und Antifaschisten, gegen rechtsradikale Umtriebe künftig enger zusammenzustehen«. Als Anmelder der Kundgebung dankte er den Beteiligten, insbesondere der »künstlerischen Unterstützung durch Mitglieder aus dem Ensemble vom Thalia-Theater und dem Deutschem Schauspielhaus«.

Ilse Jacob, die Tochter des antifaschistischen Widerstandskämpfers Franz Jacob, die in Folge ihres Engagements für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Anfang der 1970-er Jahre mit Berufsverbot belegt worden war, hinterfragte die Rolle des Verfassungsschutzes: »Auch damals war der Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten aktuell. Und auch hier spielte der Verfassungsschutz eine unrühmliche Rolle. Diskriminiert wurden diejenigen, die die Faschisten bekämpf-

ten, von staatlichen Organen geschützt wurden die Nazis.«

Vier Haltestellen mit der Linie U1 entfernt, nutzten Anwohner und Antifas eine von der Linkspartei angemeldete »Eilversammlung gegen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt«, um sich – von der Ritterstraße kommend – den Nazis auf ihrer Route entgegen zu stellen. An den friedlichen Protesten und Straßenblockaden beteiligten sich nach Angaben der Hamburger Polizei »bis zu 2000 Personen aus dem linken Spektrum.«

Gegen 16 Uhr setzte die Polizei insgesamt fünf Wasserwerfer gegen als »Störer« denunzierte Antifaschisten und Antifaschistinnen ein. Der Anmelder der Spontandemonstration sprach von einem »zunächst unsortierten«, später »unverhältnismäßig und teilweise brutalen Vorgehen der Polizei«, das den Aufmarsch der 170 Neonazis gegen den Protest überwiegend jugendlicher Anwohner und Antifaschisten ermöglichte. Trotzdem musste die Route der Nazidemonstration mehrfach geändert werden, bevor die Rechten gegen 17 Uhr am S-Bahnhof Hasselbrook mit einem Sonderzug der Linie S1 zu ihren Fahrzeugen verfrachtet wurden. **WoS**

Gut besucht war die Gedenkveranstaltung zu Ehren des am 18. März 1935 zum Tode verurteilten und am 6. Juni 1935 im Hamburger Untersuchungsgefängnis durch das Handbeil hingerichteten Antifaschisten Fiete Schulze aus Billstedt. Die VVN-BdA gedachte seiner am 14. September im Kulturpalast.

Seit kurzem erinnert im Stadtteil auch ein Stolperstein an den Widerstandskämpfer. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hatte 46 Jahre gebraucht, um das an Fiete Schulze begangene Unrecht zu erkennen. Erst kürzlich bewertete sie die Hinrichtung als Mord und hob das Urteil gegen den kommunistischen Widerstandskämpfer endlich auf.



Zur Veranstaltung war die Tochter von Fiete Schulze, die Kameradin Wilma Giffey (Bild, links), gekommen, die Jahrzehnte für die Rehabilitierung ihres Vaters gekämpft hat.

Jeder konnte es sehen

Besuch im Außenlager KZ Drütte

Am 16. September fuhren Mitglieder der Harburger VVN-BdA nach Salzgitter. Sie besuchten das ehemalige KZ Drütte, Außenlager auf dem Gelände der Salzgitter AG. Hans Joachim Meyer berichtet.

Die ganze Stadt erscheint wie ein Anhängsel des metallverarbeitenden Großbetriebs, der Salzgitter AG. 1942 wurde hier, in den »Hermann-Göring-Werken«, ein Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme errichtet, das KZ Drütte. Es war das größte Außenkommando mit 3000 Häftlingen, vorwiegend aus Osteuropa. Um den Betrieb gruppierten sich noch weitere Lager, auch Kriegs-

gefangenenlager und ein »Arbeits-erziehungslager« der Gestapo. Alle, die hier eingesperrt waren, mussten für den Betrieb schuften, auch in der Rüstungsproduktion.

Die Gedenkstätte, und das ist ungewöhnlich, befindet sich in einem der Räume, in denen damals auch die Häftlinge des KZ Drütte untergebracht waren. Es waren bedrohlich hohe, steinerne Kästen, wo es im Sommer unerträglich heiß und im Winter bitterkalt war. Jeder im Betrieb konnte das KZ sehen, es lag unter einer stark befahrenen Hochstraße. Besonders sichtbar waren die Häftlinge, wenn sie auf dem Platz vor dem Gebäude stundenlang Appell stehen mussten.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Hessenschau bietet Überraschendes

Wanderausstellung erzählt von 60 Jahren »Hessen – eine starke Geschichte«

Wer Gelegenheit hat, die Wanderausstellung »Hessen – eine starke Geschichte, 60 Begegnungen mit unserem Land seit 1945« zu besuchen, sollte das Informationsangebot über 60 Jahre Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft des Landes Hessen nicht versäumen.

Neben Bekanntem bietet diese Hessenschau gerade auch jüngeren Besuchern, »denen die Zeit vor 50 oder 60 Jahren so fern ist wie das Mittelalter« (Klaus Eiler in der Einführung), historische Informationen, die manchen überraschen dürften. So enthalten vor allem die Kapitel »Kriegsende in Hessen« und über die ersten Nachkriegsjahre Informationen, deren Bedeutung bis in die Gegenwart hinein wirkt, etwa der Volksentscheid vom Dezember 1946 über den Artikel 41 der Verfassung, der die Sozialisierung von Großindustrie vorsieht.

Das Foto oben vom Gründungskongress der VVN Hessen vom November 1946 in der Frankfurter Westendsynagoge illustriert, was damals selbstverständlich schien: »Die Verfolgten von gestern sind die Erbauer der Zukunft«. Der Be-



Gründung der VVN Hessen in der Frankfurter Westendsynagoge 1946.

gleittext vermerkt den Partei übergreifenden Konsens, eine grundlegend demokratische Neuordnung zu schaffen: »Das Klima der Zusammenarbeit beim Aufbau Hessens bestimmen zu Beginn ganz wesentlich die Erfahrungen aus Konzentrationslager, Verfolgung, Widerstand und Emigration.«

Eugen Kogon, 1945 in Buchenwald befreit, der beim Gründungskongress der VVN als Vorstands-

mitglied auf dem Podium saß (2. v. r.), erinnerte daran, dass die demokratischen Zukunftspläne in Widerstand und Verfolgung geboren wurden: »In der Annahme der Chance, das Naziregime zu überdauern, hatten wir im Lager, so oft sich Gelegenheit dazu bot, ... die Verfassungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten der nachnationalsozialistischen Zeit, wie wir sie uns vorstellten, überlegt.« **P.A.**

Republikaner erhält Ehrenbrief des Landes

Manfred Thierau hat den Ehrenbrief des Landes Hessen erhalten. Das wäre nicht weiter der Rede wert, wenn der Geehrte nicht eine besondere Eigenschaft mitbrächte: Er ist Mitglied der »Republikaner« und sitzt für die Repts im Stadtallendorfer Stadtparlament.

Die Ehrung ist ein weiterer unter inzwischen zahllosen Schritten, rechtsextreme Parteien hoffähig zu machen. »Ein Unding«, findet der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Spies: »Als Politiker haben wir die Aufgabe, den Rechtsextremismus abzuschaffen, nicht zu ehren«, erklärte er. Die Belobigung eines »Republikaners« aber mit der Unterschrift von Ministerpräsident Roland Koch, »enttabuisiere« die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei. Aber vielleicht ist das ja beabsichtigt. **P.A.**

HAMBURG

(Fortsetzung von Seite 6)

Die Leiterin der Gedenkstätte, Frau Zacharias, eine sehr kompetente Historikerin, führte uns durch das Lagergelände und anschließend zum Gedenkfriedhof Jammertal in Lebenstedt (der Friedhof hieß schon vor 1933 so). Es hatte einen sehr langen Kampf gekostet, bis das Museum 1994 als »Gedenk- und Dokumentationsstätte« endlich eröffnet werden konnte. Der Konzern hatte sich lange gestraubt. Er war stark im Osthandel präsent und befürchtete, in Polen und der Sowjetunion in Misskredit zu geraten, wenn die Existenz des KZ zu sehr bekannt geworden wäre. Besonders die IG Metall im Betrieb hat sich sehr für die Gedenkstätte stark gemacht, dazu natürlich die AG Stadtgeschichte, die seit 1983 zu Salzgitter forscht und die Gedenkstätte betreut. Heute emp-



In den Gebäuden unter der Hochstraße der Salzgitter AG befand sich das Lager. Der Parkplatz war damals der Appellplatz. Bild: VVN-BdA HH

findet es die Betriebsleitung eher als angenehm, wenn sie eine Gedenkstätte auf dem Gelände prä-

sentieren kann.

Die Ausstellung zeigte den bedrückenden Alltag des Lagerle-

bens, wie er sich in jedem KZ abgespielt hat: Appellstehen, minimale und schlechte Ernährung, schwere Arbeit, Verbrechen und Tod. Ein Häftling wurde ermordet, indem er auf glühendes Roheisen gestoßen wurde. Nach der Evakuierung vor den alliierten Truppen im April 1945 war das Leid nicht zu Ende. Der Transport ging nach Bergen-Belsen. In Celle gerieten die Züge in einen Bombenangriff. Die Häftlinge flüchteten und wurden nach einer mehrtägigen Treibjagd von der SS unter Mithilfe der Bevölkerung eingefangen, viele wurden dabei umgebracht.

Beeindruckt von der Ausstellung und Atmosphäre im KZ Drünthe führen wir wieder nach Hause.

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

VOR 60 JAHREN IN HESSEN (TEIL 7)

Frauen entschieden über die Verfassung

Der Herbst 1946 war in Hessen politisch bestimmt durch den Streit um die hessische Landesverfassung und durch den Wahlkampf für den ersten gewählten Hessischen Landtag.

Die Konfliktlinien verliefen dabei zwischen den Kommunisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten auf der einen Seite, die trotz mancher Unterschiede im Detail die sozialen und politischen Grundlinien des Verfassungsentwurfs verteidigten, und der LDP, der Vorläuferin der heutigen FDP, auf der anderen Seite, die sich als Verfechterin der Interessen von Großindustrie und konservativen Kreise in Hessen präsentierte.

An dieser Einschätzung ändert auch nichts der politische Kurswechsel der SPD (wie berichtet), die anfangs gemeinsam mit der KPD entscheidende Eckpunkte fixierte und später in direkter Abstimmung mit der CDU die Endfassung des Entwurfs fixierte.

Insbesondere der Streit um den Sozialisierungsartikel 41 wurde zum Streitpunkt der Debatte um die Verfassung. Dahinter traten Debatten um Bekenntnisschulen oder Glaubensfragen deutlich in den Hintergrund.

Durch die Auflage der amerikanischen Militäradministration, über den Artikel 41 gesondert ab-

Sozialisierungsartikel 41 bestimmte die Wahl

stimmen zu lassen, wurde jedem Wahlberechtigten in aller Deutlichkeit die Brisanz dieser Entscheidung vor Augen geführt.

Der Kampf um die Verfassung wurde dabei von den Parteien besonders als Zustimmung oder Ablehnung gerade dieser Verfassungsregel geführt. Alle Kräfte der alten Gesellschaft versammelten



Wahlzettel zur Wahl zum Hessischen Landtag und zum Volksentscheid vom 1. Dezember 1946. Der Volksentscheid bezog sich auf die Landesverfassung Hessen, gesondert abgestimmt wurde über den Verfassungsartikel 41, der u. a. die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum vorsah.

sich im gemeinsamen Kampf gegen den Artikel 41. Offen traten dabei jedoch nur die Industrie- und Handelskammer sowie die rechte Liberaldemokratische Partei gegen den Verfassungsentwurf auf. Selbst eine vom Selbstverständnis traditionell konservative Institution wie die evangelische Kirche reagierte widersprüchlich. Zwar formulierten einzelne Vertreter Widerspruch gegen den Verfassungsentwurf, besonders in der evangelischen Kirche von Hessen und Nassau gab es jedoch auch aktive Befürworter.

Und so kam es, dass einzig in der konservativen Universitätsstadt Marburg die Verfassung mehrheitlich abgelehnt wurde, wobei darüber hinaus fast die Hälfte die Wahlberechtigten von der Abstimmung fern blieben.

Eine wichtige Voraussetzung für das positive Ergebnis der Verfassungskampagne lag auch darin, dass es gelang, in diese Debatte die Frauen mit einzubeziehen.

In einem Flugblatt zur Verfassungsabstimmung hieß es wörtlich: »Nie wieder den Größenwahn macht- und genussgieriger Männer, denen es nicht darum ankam, Millionen von Menschenleben für ihre irrsinnigen Ziele zu opfern! ... Frauen! Wollt Ihr wieder allein den Männern die Entscheidung überlassen, wollt Ihr ihnen allein die Politik ausliefern, die Euch so viel Unheil gebracht hat?« Und weiter heißt es: »Die Verfassung räumt endlich damit auf dass die Frau benachteiligt wird, obgleich sie vielfach das gleiche

und mehr leistet als der Mann. Gleicher Lohn bei gleichen Leistungen für Frau und Mann.« Wer meint, dies sei ein Flugblatt radikal feministischer Gruppen gewesen, der irrt. Es war ein Flugblatt der CDU, das aber auch von der SPD oder der KPD herausgegeben worden sein könnte.

Gleichberechtigung keine reine Wahltaktik

Die Orientierung auf die Frauen war nicht nur taktisch, auch wenn viele Männer noch in Kriegsgefangenschaft waren und somit die Zahl der wahlberechtigten Frauen fast doppelt so groß war wie die der Männer. Vielmehr war es tatsächlich die Überzeugung der damaligen Zeit, dass eine Gleichstellung von Frau und Mann in Gesellschaft und Arbeitsleben als Abkehr vom faschistischen Menschenbild anzustreben sei.

Dass eine solche Gleichberechtigung nicht allein mit der Fixierung von Paragraphen in der Verfassung dekretiert werden kann, wurde schon wenige Jahre später deutlich, als in den 1950-er Jahren auch in Hessen Frauen auf »ihre Aufgaben« – Küche, Kinder und ggf. Kirche – zurückgedrängt wurden.

Verbunden mit der Abstimmung über die Landesverfassung fanden am 1. Dezember 1946 auch Landtagswahlen statt. Und auch hier zeigte sich die politische Polarisierung zwischen Verfassungsgegnern und Befürwortern. Die LDP verdoppelte fast ihre Stimmenzahl,

SPD entschied sich für Kungelei mit CDU

blieb aber mit gut 15 % eine Randbewegung. Die aktiven Verfechter der Verfassung, die KPD und die SPD konnten absolut Stimmengewinne verzeichnen und 48 der 90 Mandate im Landtag erringen. Dies hätte für eine linke Koalition gereicht. Doch die SPD entschied sich – in Kontinuität der Kungelei in der Verfassungsfrage – für eine Zusammenarbeit mit der CDU, die etwa 10 % ihrer Wählerstimmen verloren hatte.

Christian Stock (SPD) wurde der erste gewählte Hessische Ministerpräsident. In seinem Kabinett waren aber auch ausgewiesene Nazizegner, beispielsweise die ehemaligen Buchenwald-Häftlinge Werner Hilpert (CDU) als stellvertretender Ministerpräsident und Hermann Brill (SPD) als Chef der Staatskanzlei. Ansprechpartner für die ehemaligen Verfolgten des Naziregimes blieben auch nach der Wahl der Befreiungsminister Gottlob Binder (SPD) und Dr. Epstein, der als Staatskommissar für Wiedergutmachung beim Wiederaufbauministerium tätig war.

Ulrich Schneider

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 0524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Tag der Erinnerung: Man muss sich wehren!

Rund 100 Verbände Berlins stellten ihre Arbeit für Frieden und gegen Faschismus vor

Zeichen gegen Rassismus, Neofaschismus und Krieg setzte der Tag der Erinnerung und Mahnung am 10. September. Die Diskussionen, Ausstellungen, Musik und Infoständen auf dem Berliner Marx-Engels-Forum lockten Tausende Besucher an.

Sie suchten das Gespräch, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch miteinander und den rund hundert antifaschistischen, antirassistischen und friedensbewegten Gruppen und Menschen-, Bürgerrechts- und Solidaritätsprojekten.

Der Berliner Landesverband der VVN-BdA präsentierte sich mit neuen Ideen: Ein Antifa-Café bot bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen die vielfach genutzte Möglichkeit zum Gespräch mit Schriftstellerinnen und Autoren und zum Gedankenaustausch zwischen jungen und alten Antifaschisten. Gut besucht waren die lebhaften und informativen Diskussionsrunden zu dem umstrittenen Moschee-Bau in Heinersdorf, der Geschichte der Interbrigaden mit Brigadisten Kurt



Diskussion zum Moscheebau: Abdul Basit Tariq, Imam der Ahmydiyya-Gemeinde, André Leussing, Esther Lehnert, Curth Becker (v.l.).

Goldstein und zum Verbot der NPD. Letzteres wurde erneut eindringlich gefordert, schon angesichts des aggressiven Auftretens der NPD im Berliner Wahlkampf. Ein Verbot dürfe aber kein Ersatz für die dringende notwendige politische Auseinandersetzung mit allen Formen des Neofaschismus sein. Man müsse das eine fordern,

ohne das andere zu lassen.

Unterstützt wurde auch die von Kurt Goldstein erhobene Forderung, den Neonazis in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis Kontra zu geben. »Man muss sich wehren gegen die Nazis und darf nicht noch die andere Wange hinhalten, wenn sie zuschlagen«, sagte der Widerstandskämpfer.

Der Tag selbst begann mit einer vom Ernst-Busch-Chor musikalisch begleiteten Kundgebung am Ort des ehemaligen Frauengefängnisses in der Barnimstraße – heute eine innerstädtische Parkanlage –, wo viele Antifaschistinnen eingekerkert waren. Ihr schloss sich ein Fahrradcorso zu weiteren Orten von Verfolgung und Widerstand an.

Auch in den Tagen zuvor hatten Mitglieder der Berliner VVN-BdA bereits an lokalen Denkmälern der Opfer des Faschismus gedacht. Der Berliner Verband möchte solche (Ge-)Denkorte wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Anwohner hatten dies durchaus positiv aufgenommen.

Der Tag der Erinnerung und Mahnung hat sich als antifaschistische Veranstaltung auch über Berlin hinaus fest etabliert. Alle Beteiligten haben aus den Begegnungen des Tages Kraft und Ideen für die Arbeit der nächsten Monate schöpfen können, haben neue Kontakte geknüpft und alte vertieft. Eine Fortsetzung ist geplant, erneut am zweiten Sonntag im September 2007. **H. C.**

HESSEN

GEW-Vorsitzender unter CDU-Beschuss

Rücktrittsforderung gegen Jochen Nagel

Ausgerechnet Christean Wagner, CDU-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag und peinlich blamiert durch seinen Zuspruch für den bekannten rechten Professor Arnulf Baring fordert den Rücktritt des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Jochen Nagel. Begründung: Die Gewerkschaft hatte sich erdreistet, im Zusammenhang mit dem Berufsverbot für den Lehrer Michael Csaszóczy an die äußerst üble Rolle des Verfassungsschutzes zu erinnern, dessen Beurteilung des Lehrers dazu führte, ihm die Einstellung in den Schuldienst wegen seiner Zugehörigkeit zur Antifaschistischen Initiative Heidelberg zu verweigern.

Die Lehrgewerkschaft erinnerte nun daran, wie wenig qualifiziert der Verfassungsschutz ist, das demokratische Verhalten anderer Bürger zu bewerten: Der Umgang mit dem Bewerber stütze sich auf fragwürdige Einschätzungen des Verfassungsschutzes, der »anlässlich des NPD-Verbotsverfahrens unter Beweis gestellt hat, wie tief er selbst mit der rechtsextremen Szene verstrickt ist«, so die GEW. »Rücktritt des GEW-Vorsitzenden« fordert daraufhin Christean Wagner. Und Hessens Innenminister Bouffier sekundiert: »Wer behauptet, der Verfassungsschutz sei mit der rechtsextremen Szene verstrickt, beleidigt ein für unser Land außeror-

dentlich wichtiges Sicherheitsorgan.«

Als sei da nichts gewesen. Mit der staatsmännischen Attacke gegen die GEW soll vergessen gemacht werden, warum 2003 der Verbotsprozess vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist: Weil ans Licht kam, dass etliche auch hohe NPD-Funktionäre gleichzeitig V-Männer des Verfassungsschutzes waren.

Stimmt das etwa nicht? Oder stimmt etwas nicht mit dem Demokratieverständnis des Hessischen Innenministers und des CDU-Fraktionsvorsitzenden, wenn sie allen Ernstes das Äußern schlichter Wahrheiten mit Rücktrittsforderungen beantworten. **P. A.**

Frankfurt/Main: Fünf Jahre Anti-Nazi-Koordination

Aus der Notwendigkeit, auch in Frankfurt Neonazi-Aufmärsche zu verhindern, entstand im Juni 2001 die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination, hervorgegangen aus einer Telefonkette gegen Rechts.

»Die Anti-Nazi-Koordination ist ein Aktionsbündnis all derer in Frankfurt, die aus unterschiedlichen Gründen Nazi-Auftritte in Frankfurt undurchführbar machen wollen.« Auf der Basis dieser Erklärung sorgen rund 30 Initiativen und Organisationen – neben Gewerkschaften und Kirchen auch die VVN-BdA – dafür, dass die Nazis in Frankfurt keine Aufmärsche mehr zustande bringen. Wie am 1. Mai 2002 und 2003, als Nazi-Aufmärsche verhindert wurden. Zum 1. Mai 2004 gaben die Nazis auf und ließen sich nicht mehr blicken.

Antifa-Bündnis holt sich den Kiez zurück

Lichtenberg gegen rechts – Erfahrungen aus einer antifaschistischen Kampagne

Lichtenberg gilt als rechte Hochburg in Berlin. Rund um die Weitlingstraße konnte sich eine stabile rechtsextreme Szene entwickeln. Gegen sie wehrt sich ein Bündnis aus drei Antifagruppen. Hier ein Bericht von ihrer Kampagne.

In dem Berliner Bezirk wohnen zahlreiche Funktionäre neonazistischer Organisationen – insbesondere aus dem Umfeld der verbotenen Kameradschaft »Tor«, die über bundesweite Kontakte verfügt und gezielt »Anti-Antifaarbeit« betreibt. Die Neonazis verfügen über verschiedene Treffpunkte und Kneipen, in denen sie als Stammgäste gern gesehen werden. Aufgrund zahlreicher rassistischer Übergriffe sind hier Angsträume für MigrantInnen und alternative Jugendliche entstanden. Diese Tatsache wird von vielen Anwohnern ignoriert oder stillschweigend toleriert. Den Neonazis dient derartige Verhalten als Legitimierung für ihr Denken und Handeln.

Was tun gegen rechts?

Vor diesem Hintergrund initiierten wir – die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), die Antifa Hohenschönhausen (AH) und die Jugendantifa Berlin (JAB) – im Sommer 2006 die Kampagne »Hol' dir den Kiez zurück! Lichtenberg gegen rechts!«. Unser Ziel war und ist es, über Rechtsextreme in der Öff-

»Vor die Tür gesetzt«

Neues Buch erzählt Geschichten verfolgter Berliner Abgeordneter

Der Verein Aktives Museum – Faschismus und Widerstand in Berlin zeigte im Herbst 2005 und Sommer 2006 die Ausstellung »Vor die Tür gesetzt«. Jetzt hat er das gleichnamige Buch vorgestellt.

Zwei Jahre lang hatte eine Arbeitsgruppe des Vereins dort



Open-Air-Konzert gegen rechts am 16. September in Lichtenberg.

entlichkeit zu reden und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Wir wollen Rückzugsräume und Strukturen der organisierten Neonazis in Lichtenberg stören und gegen die Akzeptanz eines rechtsextremen Lifestyles angehen. Langfristig soll durch unsere Aktivitäten ein Beitrag geleistet werden, eine alternative Jugendkultur in Lichtenberg zu etablieren und die bereits spürbare Verankerung der NPD aufzubrechen.



Für uns ist es besonders wichtig, die Leute vor Ort zu ermuntern, selbst aktiv zu werden. Wir freuen uns daher, dass die Kampagne große Unterstützung, auch von der VVN, erfahren hat. Seit Ende Juli fanden verschiedenste Aktionen in Lichtenberg statt: Demonstrationen, Infostände, Partys und ein »Skate-Jam« für Jugendliche. Auf

Veranstaltungen wurden über »No-Go-Areas« oder Ideologie und Geschichte der NPD gesprochen. Gleichzeitig trat die Kampagne in Dialog mit Gewerbetreibenden und informierte Anwohner über ihr Anliegen. Höhepunkt bildete ein Open-Air-Festival am Vortag der Berliner Wahlen. Es kamen rund 3000 Menschen und informierten sich an den Infoständen, lauschten der Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus und Ge-

Wie weiter in Lichtenberg?

genstrategien und hatten Spaß am Musikprogramm.

Trotz unserer Bemühungen gelang es der NPD, in die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung einzuziehen. Die NPD konnte einen erheblichen Teil des rechtsextremen Wählerpotentials nicht nur in Lichtenberg mobilisieren.

Gegen derartige Entwicklungen hilft nur langfristig angelegte antifaschistische Arbeit, die alternative Jugendkulturen und zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts stärkt.

Wir werden in Lichtenberg aktiv bleiben und neonazistischen Strukturen auf verschiedenen Ebenen entgegentreten. Denn unsere Arbeit zeigt Erfolge im Kiez: Inzwischen wurde die Kneipe »Kiste«, einer der wichtigsten Treffpunkte für Neonazis, geschlossen. Daran hatte unser Bündnis erheblichen Anteil. Als nächsten Schritt gab es Aktionen gegen die NPD im Zusammenhang mit der konstituierenden Sitzung der Bezirksverordneten in Lichtenberg.

Weitere Informationen per E-Mail: liberggegenrechts@gmx.de,
Spendenkonto: Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Konto 488 275 106,
Stichwort: Weitlingkiez.

ken in der Forschungsarbeit schließen. So enthält das Buch »Vor die Tür gesetzt« nun 419 Kurzbiografien: Sie erzählen vom Leben der Berliner Politiker, ihrer Herkunft und ihrer Arbeit in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Sie erzählen von ihrer NS-Verfolgung und den Schicksalen ihrer Familien.

Einleitend zum biografischen Teil enthält das »Gedenk-Buch« Beiträge zur Geschichte der Ber-

(Fortsetzung auf Seite 11)

Der Panzergeneral als falsches Vorbild

Charlottenburger Erich-Hoepner-Gymnasium trennt sich von NS-Namenspatron

Über umstrittene Namen von Bundeswehrkasernen ist in den letzten Jahrzehnten immer wieder heftig diskutiert worden. Das im Einzelfall aber auch Schulnamen dringend einer näheren Betrachtung und Bewertung bedürfen, beweist der Fall des Erich-Hoepner-Gymnasiums Berlin-Charlottenburg.

Mitte September jährte sich der Tag der Namensgebung zum 50. Mal. Damals, 1956, wurde der Name gegen den Widerstand des Direktors, der Schüler, der Lehrer und Eltern, allein auf Anweisung des Senats und der Bezirksverwaltung, verordnet. Der Namenspatron, Panzergeneral Erich Hoepner, war an den Ereignissen des 20. Juli 1944 – wenn auch sehr zögerlich – beteiligt, musste dies mit dem Leben bezahlen und galt fortan als Widerstandskämpfer. Vorher aber war er als Befehlshaber dem faschistischen Größenwahn »sehr er-

folgreich« zu Diensten, drohte beispielsweise 1939 den Bürgern Warschaws mit »Ausrottung«, wenn sie ihre Stadt nicht übergeben würden und ließ 1941 in der UdSSR zur Abschreckung Dörfer



Panzergeneral Erich Hoepner.

niederbrennen. Zudem arbeitete er im Baltikum eng mit mordenden SS-Einsatzgruppen zusammen.

Der Name blieb umstritten. Ein Schulleiter nach dem anderen verschob das Namensproblem auf den jeweils nächsten. Geralf Gemser

veröffentlichte dazu im vergangenen Jahr sein Buch »Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner«. Auch dieser Veröffentlichung dürfte es zu verdanken sein, dass nun, nach jahrelangen Diskussionen, der Schulname geändert wird. Die Schulkonferenz, bestehend aus Lehrer-, Eltern- und Schülervertre-

tern sowie dem Schulleiter, hat sich Ende September einstimmig für eine Umbenennung entschieden. Nach einem neuen Namen wird noch gesucht. **ml**

Geralf Gemser: »Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner«. Tectum Verlag, Marburg 2005, ISBN 3-8288-8927-1

»Ein grausamer Tag« Erinnerungen an den 9. November 1938

Lesung, Musik und Gespräch

mit Zeitzeugen, der Autorin Dr. Inge Lammel und dem Schriftsteller Walter Kaufmann. Es spielt die Klezmerband TRAJDIRIDIROM. Moderation: Hans Coppi

am 10. November 2006 um 18.00 Uhr im Betsaal des ehem. jüdischen Waisenhauses in Pankow

Berliner Str. 120-121, U- und S-Bahn-Station Pankow

Eine Veranstaltung der Berliner VVN-BdA und der VVN-BdA Pankow.

(Fortsetzung von Seite 10)

liner Stadtverordnetenversammlung und zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie im Jahr 1933. Das Buch ist »Heimatkunde« im besten Sinne, es sollte in jeder Berliner Schul- und Stadtteilbibliothek zu finden sein. Die Berliner Politik sollte die Veröffentlichung zum Anlass nehmen, für vergessene Opfer Stolpersteine, Gedenktafeln und andere Zeichen der Mahnung und Erinnerung im öffentlichen Raum zu stiften. **ml**



Verein Aktives Museum (Hg.): »Vor die Tür gesetzt«. Berlin 2006, 15 Euro. Zu beziehen über Verein Aktives Museum, Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin.

Vom Wandervogel zum Wotansjünger

Vortrag zur Verbindung von Esoterik und rechter Ideologie

Am 27. September beleuchtete in der Galerie Olga Benario eine Veranstaltung das Eindringen von rechtsextremer Ideologie aus einer ungewohnten Perspektive.

Oliver Eberhard und Maren Küster, Politikwissenschaftler und Ethnologen, sprachen über die Kontinuität esoterischer und naturreligiöser Vorstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft und deren Verbindung zu rechtsextremen Ideologiebildungen. Über die Öko- und Frauenbewegung, selbst über friedensbewegte Zusammenhänge dringen diese Vorstellungen immer wieder auch in sich als links verstehende Kreise ein. Dies führt mindestens zu einer Entpolitisierung linker Bewegungen und schlimmstenfalls zur Hinwendung ehemals Lin-

ker zum Rechtsextremismus, ohne dass dies von den Akteuren so wahrgenommen wird.

Die gut besuchte Veranstaltung zeigte, dass dieses Thema vielen unter den Nägeln brennt. Gerade junge Menschen, die sich nach Frieden und Freiheit sehnen, sind anfällig für die Vereinnahmung durch esoterische Theorien und Praktiken. Sie fühlen sich aber, wenn sie auf Verbindungen esoterischer Vorstellungen mit rassistischen und rechtsextremen Gesellschaftsentwürfen aufmerksam gemacht werden, oft stigmatisiert und weisen die Nähe zum Rechtsextremismus empört von sich. Denn sie begreifen sich subjektiv nach wie vor als links in einem emanzipatorischen Sinne.

Notwendig ist daher, Aufklärung über die argumentativen

Strukturen dieser Propaganda zu betreiben und andererseits, den Menschen Mut zu machen, sich die Welt des Friedens und der Freiheit solidarisch zu erstreiten, anstatt sie bei Kerzen und Heilsteinen herbeizusehen. Dank gilt der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, ohne die die Vorbereitung dieser wichtigen und spannenden Veranstaltung so nicht möglich gewesen wäre. Wir sollten uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die öffentliche Finanzierung solcher Projekte gegen Rechtsextremismus weiter gesichert ist. **hh**

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Auch der Ministerpräsident sprach den Widerstandskämpfern seinen Dank aus

Vor 60 Jahren formierte sich die VVN in den Städten und im Land an Rhein und Ruhr

Als die amerikanischen Truppen Mitte April 1945 in das heutige Nordrhein-Westfalen einmarschierten und das Land von den Nazis befreiten, waren die Städte zerstört, die Infrastruktur zusammengebrochen und die Ernährungslage für die Bevölkerung katastrophal.

Viele Menschen waren ohne Bleibe. Familien waren auseinander gerissen und bei vielen gab es die Ungewissheit über den Verbleib von Angehörigen. Die Einwohner waren zermürbt, aber froh, nicht mehr in die Luftschutzbunker rennen zu müssen.

Schon wenige Tage danach wurden vor allem in den Zechen und Fabriken Betriebsausschüsse und antifaschistische Initiativen aktiv. Im Widerstand gegen den Faschismus entstanden, haben sie Sabotageakte der Nazis verhindert und Zerstörungen unterbunden, die schlimmsten Nazis aus den Betrieben geworfen und ein allgemeines Chaos im Untergang der Nazi-Herrschaft abgewendet.

Bereits am 23. April 1945 fand in der Anlernwerkstatt der Zeche »Prinz Regent« in Bochum eine erste Konferenz mit Vertretern aus zehn Zechen, der Ruhr-Knappschaft und der Metallarbeiter statt. Die Versammlung kam überein, als Lehre aus dem Faschismus künftig Einheitsgewerkschaften nach dem Prinzip »Ein Betrieb, eine Gewerkschaft« zu schaffen und für eine umfassende Entnazifizierung einzutreten.

Nachdem das Land an britische Besatzungsbehörden übergang, die Oberbürgermeister sowie weitere Beamte und Abgeordnete ernannte, bildeten sich schon bald auch auf kommunaler Ebene Ausschüsse mit Vertretern von Parteien, vor allem der SPD, der KPD und der christlichen Zentrumpartei. Aus Betriebsausschüssen bildeten sich neue Gewerkschaften auf örtlicher Ebene heraus. Gewerkschafter und Kommunalpolitiker hatten Maßnahmen zu beschließen, um die Le-

bensmittelversorgung zu verbessern, die Trümmerbeseitigung zu verstärken, Wohnraum zu schaffen und den Schulunterricht zu qualifizieren.

Mit dem Vormarsch der alliierten Truppen hatten sich auch die vielen Konzentrationslager, Gefängnisse, Zuchthäuser, Zwangsarbeiterlager geöffnet. Dabei starben immer noch Menschen wegen gesundheitlicher Schäden oder an den Folgen des Hungers. Viele aber wurden befreit und kehrten an Rhein und Ruhr zurück. Sie halfen beim Wiederaufbau und bei der Schaffung demokratischer Strukturen.

Hilfskomitees für ehemals politisch Verfolgte

Es wurde schnell klar, die Verfolgten und Widerstandskämpfer brauchten eine Organisation, die Hilfe organisiert, ihre sozialen und politischen Interessen vertritt und am Aufbau eines neuen Gemeinwesens teilnimmt. So entstanden 1945 mit Zustimmung der Besatzungsbehörden in vielen Städten Hilfskomitees für die ehemaligen politisch Verfolgten.

Das politische Klima zu dieser Zeit war, damals auch unterstützt von der britischen Militärmacht, weitgehend antifaschistisch und demokratisch. In den Städten und Betrieben herrschte ein antifaschistischer Konsens der politisch tätigen Gruppen und Parteien. In dieser Zeit gab es weitere Maßnahmen zur Entnazifizierung. So machten Bürgermeister per Plakatanschlag schon ab Juni 1945 die Umbenennung von Straßen bekannt.

Am 13. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler hatte der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus Westfalen zu einer Gedenkfeier nach Bochum eingeladen. August Vollmar (Gelsenkirchen) schilderte aus eigenem Erleben die Haft im KZ Buchenwald und forderte dazu auf, die richtigen Lehren aus den beiden Weltkriegen

zu ziehen und nicht, wie nach 1918, den militärischen Zusammenbruch zu leugnen.

Der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus ging zu dieser Zeit daran, Gedenkstätten für die Toten zu schaffen. So gab der Ausschuss zur einjährigen Wiederkehr der Morde im Dortmunder Rombergpark kunstvoll gestaltete Gedenkblätter heraus. Aus dem Verkaufserlös sollte der Bau von Ehrenmalen in Westfalen unterstützt werden. Auf Drängen der rheinischen und westfälischen Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus beschloss die inzwischen ernannte Landesregierung, in Bad Driburg ein erstes Erholungsheim für ehemalige KZ-Häftlinge aus Westfalen zu schaffen.

Im September 1946 erinnerten Antifaschisten erneut mit örtlichen Veranstaltungen, Kranzniederlegungen und Kundgebungen an den Kriegsbeginn vor sechs Jahren sowie an die Opfer des Faschismus. Die erste Woche im September eines jeden Jahres sollte zukünftig den Opfern des Faschismus gewidmet sein, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern »gemartert und gemordet worden sind«, das beschlossen die Komitees ehemaliger politischer Gefangener.

Nach einigen Kreisen wurde Landesverein gegründet

Nach einiger Vorbereitung trafen sich Widerstandskämpfer und Naziverfolgte, um in den Städten Zusammenschlüsse der Verfolgten des Naziregimes zu gründen. Die Zusammenkünfte legten – einer Anregung eines zentralen Treffens in Frankfurt am Main folgend – fest, den Namen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) ins Vereinsregister einzutragen.

Nun ging man daran, einen Zusammenschluss mit gleichgerichteten Vereinigungen auf Landesebene zu erreichen. Am 26. Okto-

ber 1946 kamen in Düsseldorf rund 500 Delegierte und Gäste aus Nordrhein-Westfalen zusammen, um im Auftrag von 50 000 ehemaligen politischen Gefangenen, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes die VVN zu gründen. Der Tagungssaal war geschmückt mit den Fahnen und Wappen von Westfalen und dem Rheinland, sowie mit dem roten Winkel, »dem Kennzeichen jener deutschen Freiheitskämpfer, die sich nicht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gebeugt« haben.

»Das deutsche Volk schuldet ihnen Dank!«

Neben dem Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen und vier Ministern der Landesregierung waren auch der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Karl Arnold, die Regierungspräsidenten sowie zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister und viele Vertreter der Presse erschienen. Der Ministerpräsident dankte den Widerstandskämpfern für ihre Haltung und ihr Beispiel, dafür »schuldet das deutsche Volk und ganz Europa ihnen Dank«, so Amelunxen.

Nach einer Totenehrung und einer Reihe von weiteren Grußreden wurde über die politischen und organisatorischen Aufgaben der VVN referiert und fünf Entschließungen zu Fragen der Wiedergutmachung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Verurteilung von Naziverbrechern beschlossen. Die VVN wählte einen neunköpfigen und einen »erweiterten Vorstand« mit weiteren zwölf Mitglieder und achtete darauf, dass alle politischen Richtungen und Religionsgemeinschaften vertreten waren. Die Versammlung bestimmte Josef Giboni aus Bochum zum Landessekretär.

Die Gründungsphase der VVN endete im März 1947 mit einer »interzonalen Konferenz« in Frankfurt/M. und die Bildung eines »Gesamtdeutschen Rates der VVN«.

Günter Gleising

Die Verbrechen waren nicht unbekannt

Im Fall der NS-Morde von Wickede-Wimbern versagte die Landesjustiz erneut

Zahlreich sind derzeit Berichte über den Fund eines Massengrabes auf einem Friedhof in Menden-Barge. Dass das faschistische Euthanasieprogramm noch bis zum Kriegsende und nicht nur bis 1941 betrieben wurde, war bekannt, nur Polizei und Justiz kümmern sich kaum.

Medienberichte belegen derzeit: Es gab die Akten über das »Kindergräberfeld der Sonderanlage« des Friedhofs Barge, es gab mündlichen Berichte der Zeitzeugen, es gab seit drei Jahren eine Gedenktafel für »etwa 200 Menschen, die in den Wirren der letzten Kriegstage im April 1945 im Marienkrankenhaus Wimbern verstorben sind«.

Wickede-Wimbern liegt nur wenige Kilometer von Menden entfernt. Dort gab es ein »Ausweichkrankenhaus«, und in solche Häuser wurden die Kranken, auch die Behinderten, aus bombengefährdeten Städten verbracht. Und dort wurde das Euthanasieprogramm von Hitlers Begleitarzt Dr. Karl Brandt fortgesetzt. Insgesamt wurden 120 000 Kranke und Behinder-

te ermordet. In der »Geschichte der Westfälischen Klinik für Psychiatrie Dortmund - Geschichte und Geschichten« (April 1995) berichtet Uwe Bitzel über die verbrecherischen Absichten der Nazis, die sie gegenüber den überlebenden Behinderten hegten. So habe sich »neuerlich noch die Kanzlei des Führers mit Rücksicht auf eine allein in dieser Anstalt befindlichen Sondereinrichtung«, nämlich einer Kinderfachabteilung, laut Vermerk des Regierungspräsidenten vom 5. Juni 1943 gegen die Räumung ausgesprochen, die dann jedoch in Richtung eines »Ausweichkrankenhauses« erfolgte. Weil dort die »Sondereinrichtung« weitermachen konnte. Eine der Anstalten, in die evakuiert wurde, rühmte sich damit, »durch die Darreichung fettloser Nahrung ihre Patienten umzubringen«. Von den rund 2 900 Evakuierten aus Dortmund kehrten nur rund 420 nach 1945 zurück.

All diese Verbrechen waren also bekannt, teilweise auch aktenkundig. Aber keine Mordkommission ermittelte. Und auch die Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen des Landes



Für das Mendener Massengrab in Barge gab es viele Hinweise. Die NRW-Justiz nahm sie nicht wahr.

NRW blieb unter ihren abwechselnden Leitungen – zeitweise waren es alte NS-Juristen – untätig. Bis Anfang Oktober 2006, als Mitarbeiter des Regierungspräsidenten von Arnberg, nicht die Polizei

oder Justiz, den Friedhof in Barge umgraben ließen.

Die Zentralstelle ist hoffnungslos unterbesetzt und wird ihren Aufgaben nicht gerecht, wie auch im Fall Kephallonia nicht. Ihr Leiter, Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß, schrieb der VVN-BdA im August über seine Bemühungen, von den Hunderten mutmaßlichen Tätern, die auf der Insel Kephallonia mindestens 5 000 unbewaffnete italienische Kriegsgefangene ermordet hatten, wenigstens einige vor Gericht zu bringen. Dafür sei »die bayerische Justiz zuständig, an die die Vorgänge insoweit abgegeben worden sind«.

Wie die italienische Presse berichtete, war die Sache bereits zu den Akten gelegt worden, als der Oberstaatsanwalt noch auf die bayerische Justiz hoffte. Der letzte von der Zentralstelle Beschuldigte, Ex-Wehrmachtsgewerkschafter Ottmar Mühlhausen, der die Tötungen sogar zugab, war außer Verfolgung gesetzt worden. Er habe keinen Mord begangen, die Opfer wären »Verräter« gewesen, hieß es in München. Herr Maaß kommentierte das nicht. **Ulrich Sander**

Ostwestfalen stoppte braune Worch-Banden

Breiter Widerstand und einsichtige Polizei verhinderten Aufmärsche in drei Städten

Drei Demonstrationen hatten sich Neonazis am 16. September in Ostwestfalen vorgenommen. In Bielefeld, Gütersloh und Minden störten Antifaschisten sie erheblich: Nur wenige Meter legten die Braunen an den drei Orten zurück.

Mit Losungen gegen Sozialabbau und Rentenklau wollten sich Transparentträger »Für Volksgemeinschaft und gegen Klassenkampf« als Retter der kleinen Leute ausgeben. Doch die Demokraten in Ostwestfalen verhinderten den Großkampftag der Nazis. Zum Auftakt gingen in Bielefeld 5 000 Bürger auf die Straße. Ihr Motto: »Wir halten dagegen!« Die Zeitung »Neue Westfälische« berichtete über das breite Spektrum der Nazi-gegner »von Gewerkschaften,



Eine sehr deutliche Abfuhr von vielen Tausend Ostwestfalen: Mit ihren Aufmärschen am 16. September kamen die Neonazis nicht weit.

CDU, Juden, Falken, Arminia, Marxisten, Christen, Grüne und vielen weiteren Organisationen«.

Einige hundert Demokraten blockierten im Anschluss die geplante Marschrouten von Christian Worch und »Kameradschaften«.

Nach anderthalb Stunden Verspätung ging es für die Rechten in den folgenden Stunden nur 200 Meter weiter. Darauf traten sie den Rückweg zum Bahnhof an, um in zwei Gruppen zu den Demos nach Gütersloh und Minden zu reisen.

Dort durchkreuzten zahlreiche Bürger die weiteren Pläne der Nazis. In Minden protestierten mehr als 1 500 Bürger gegen ihren Aufmarsch. Die Polizeiführung beugte weiteren Blockaden vor und leitete die Nazis in ein abgelegenes Gelände um. Nach wenigen Metern lösten die Nazis den Marsch auf.

Nicht besser erging es den Faschisten in Gütersloh. Dort hatten sich Jugendliche mit Transparenten der VVN-BdA »Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen« nach einer Protestkundgebung auf der Straße niedergelassen. Die Polizei stellte sich zwischen Nazis und ihren Gegnern, so dass der braune Aufmarsch auch hier beendet war.

Kein Platz für Neonazis – das war die Botschaft vom 16. September. **Niko & Reiner**

Innenpolitik der FDP auf alten Pfaden

Minister Ingo Wolf hält Vorgehen gegen die NPD für »politisch gefährlich«

»Freiheit vor Gleichheit« – eine der Losungen der schwarz-gelben NRW-Landesregierung. Dieses Motto der Ellenbogenfreiheit gegen die Gerechtigkeit stammt aus dem Wertekanon der konservativen NRW-FDP, die nun wichtige Ministerien besetzt und die sich seit Gründung des Landes besonders reaktionäre Programmpunkte bewahrte.

Schon im Bundestagswahlkampf 1949 (siehe Abbildung) forderte sie den »Schlussstrich« unter »Entnazifizierung, Entrechtung, Entmündigung«. Bald darauf geriet der Landesverband beinahe in die Hände des ehemaligen Goebbels-Stellvertreter Werner Naumann und seiner Gauleiter-Kumpane. Nur der Zugriff der englischen Besatzungsmacht verhinderte dies.

Es fällt auf, dass sich die nordrhein-westfälische FDP in innenpolitischen Diskursen auch heute besonders hilfreich gegenüber den Nazi-Kameradschaften und der NPD verhält. Einen neuen Anlauf zu einem NPD-Verbot hält Innenminister Ingo Wolf (FDP) für »politisch gefährlich« und »völlig

überflüssig«. Es genüge »Aufklärungsarbeit« unter der Jugend und das Wirken des Verfassungsschutzes in der Auseinandersetzung mit den Rechten. Auch die Bekämp-



fung der Nazi-Präsenz auf der Straße hält das Wolf-Innenministerium nicht für vorrangig, denn beim »Aufstand der Anständigen« gehe es darum, die »verfassungsmäßige Ordnung« zu schützen. »Grobe Störungen« der nicht verbotenen Naziaufmärsche seien mit »Frei-

heitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe« zu bestrafen, schrieb das Ministerium drohend an die VVN-BdA zu ihrer Petitionsforderung, etwas wirkungsvolles gegen die Naziaufmärsche seitens »der Politik« zu unternehmen.

Gleichzeitig setzt die FDP den ideologischen Kampf pro rechts fort. Nachdem mit Blick auf das nationale Fahnenmeer während der Fußballweltmeisterschaft von der FDP-Führung erneut der Schlussstrich verlangt wurde – Westerwelle: »Der Kurs auf die Geschichte verliert seine Bedeutung gegenüber einem Patriotismus, der unangeregt und gänzlich aggressionsfrei daherkommt« –, kündigte die FDP-Landtagsfraktion ein ganzes Pflichtprogramm in Patriotismus und Nationalismus für den Schulunterricht an: »Es ist höchste Zeit, dass wir Schülern ein positives Verhältnis zur Nation und nationalen Symbolen vermitteln.« Von der fünften Klasse an sollen alle Schüler »verbindlich über nationale Werte, deutsche Kultur, Bedeutung der schwarz-rot-goldene Flagge und die Nationalhymne diskutieren«. Es müsse Schluss damit sein, die »Patriotismus-Debatte in

Deutschland« länger zu tabuisieren, sagte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke.

Das ist die alte Leier der etablierten Rechten: Übernahme rechter Parolen zur Bekämpfung der Rechten. So geschah es in der Schlussstrichdebatte der fünfziger Jahre und so war es bei der Übernahme der Asylpolitik der Republikaner Anfang der 1990-er Jahre.

Was die Antwort á la Ingo Wolf an die NPD und »Kameradschaften« anbelangt, so stellte die VVN-BdA Anfang September fest: »Weder die nordrhein-westfälische Polizei noch der NRW-Verfassungsschutz bieten Gewähr für wirkungsvolles Vorgehen gegen rechts. Zumeist hat sich die Polizei vor allem damit befasst, den Antifaschisten ihr Demonstrationsrecht und das der Verfassung gemäße demokratische Widerstandsrecht streitig zu machen. Der NRW-Verfassungsschutz, der jahrzehntlang hohe NPD-Funktionäre als V-Leute bezahlte und nicht bereit war, das einem NPD-Verbot entgegenstehende V-Leute-System abzuschaffen, stellt keine Lösung des Problems dar, sondern ist Teil des Problems.« **Ulrich Sander**

Joop Smidt aus Utrecht lebt nicht mehr

Ehrung für den niederländischen Widerstandskämpfer

Das Internationale Rombergparkkomitee hat mitgeteilt, dass sein langjähriger Vizepräsident und Präsident Joop Smidt aus Utrecht/Niederlande in der Nacht zum 5. Oktober nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Joop Smidt, geboren am 6. April 1924, ist aufgewachsen in einer Eisenbahnerfamilie. Schon als Jugendlicher hat er sich im Widerstand verdient gemacht. Auch er arbeitete bei der niederländischen Eisenbahngesellschaft. Und manchmal gelang es Joop Smidt und seinen Kollegen, die Deportation niederländischer Juden vom Zentralbahnhof Utrecht aus zu sabotieren. Joop Smidt half bei der Verbreitung von Flugblättern ge-

gen die Nazis und rief am Ende des Krieges mit zum Streik der Eisenbahner gegen die deutsche Besatzungsmacht auf.

Nach der Befreiung hat Joop Smidt den Aufbau der Antifaschistischen Vereinigung der Niederlande mit betrieben. Er hat viele Jahre Schulungen mit jüngeren Generationen durchgeführt. Er gehörte dem Präsidium der Internationalen Föderation des Widerstandes (FIR) an und arbeitete lange Zeit mit im Internationalen Rombergparkkomitee, in dem Antifaschisten aus sieben Opferationen der Dortmunder Karfreitagsmorde von 1945 stammen. Seine niederländischen Freunde schrieben den Dortmunder Antifaschisten: »Joop hat die Fackel des Antifaschismus weitergegeben an die junge Gene-



Joop Smidt, im Jahr 2003, mit Celine van der Hoek-de Vries.

ration. Mit diesem Auftrag behalten wir Joop für immer in unserer Erinnerung.«

Auf der Gedenkfeier für Joop Smidt in Amsterdam hat für die VVN-BdA NRW und das Internationale Rombergparkkomitee der Kamerad Uwe Koopmann gesprochen. Der Lehrer aus Düsseldorf informierte darüber, dass die Schülervertretung der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule Dormagen der Stadt Venlo und der Niederländischen Eisenbahngesellschaft vorgeschlagen hat, zum Gedenken auch für die deportierten jüdischen Mitbürger Venlos im dortigen Bahnhof eine Tafel anzubringen. Auch damit könnten Menschen wie Joop Smidt gewürdigt werden.

Uwe Koopmann führte aus: »Die Züge rollten aus den Nieder-

(Fortsetzung auf Seite 15)

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Die toten Kinder von Godshorn

Entbindungsheim für Zwangsarbeiterinnen bei Hannover forderte viele junge Opfer

Godshorn ist ein Ort an Stadtrand von Hannover, mittlerweile Teil der Stadt Langenhagen, bewohnt von friedlichen und arbeitsamen Bürgern. Stephanus Fischer ist Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung der Stadt Hannover. Als Einwohner von Godshorn interessierte er sich für die Lokalgeschichte, insbesondere für die Zeit des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges.

Zunächst konnte er darüber kaum etwas in Erfahrung bringen. Es war, als wäre diese Zeit an Godshorn spurlos vorüber gegangen. Doch dann stieß er auf ein Barackenlager am Rande des Ortes und in den Begräbnisbüchern des Seelhorster Friedhofs in Hannover auf Eintragungen über die Beerdigung von Neugeborenen und Kleinkindern, als deren Wohnort eben dieses Barackenlager angegeben war. Es diente als Entbindungsheim für Zwangsarbeiterinnen, »Ostarbeiterinnen« und Polinnen, die in Lagern in und um Hannover, in der Rüstungsindustrie, der Landwirt-

eingestuft, wurden durch Fehl- und Unterernährung und hygienische Vernachlässigung systematisch umgebracht. Fast 60 Prozent der in dem Lager Geborenen kam so ums Leben.

Ihre Leichen wurden zum Seelhorster Friedhof verbracht und dort meist anonym beerdigt. In der Nähe befanden sich die Beisetzungstätten der Opfer der alliierten Bombardements.

Bei der Neugestaltung dieses Teils des Friedhofs zur Gedenkstätte für Kriegsoffer war zunächst kein Platz für die Gräber der toten Kinder. Stephanus Fischer und Cordula Wächter, Leiterin der Friedhofsverwaltung der Stadt

Erinnerung:

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Am 18./19. November findet unsere 38. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz in der Heimvolkshochschule Hustedt bei Celle statt.

Hannover, entwickelten nun ein Konzept, in dem die Gestaltung einer Gedenkstätte für die toten Kinder unmittelbar mit pädagogischer Arbeit verknüpft wurde. Mit der Aktion »Kinder gedenken Kindern« werden Gruppen von Kindern und Jugendlichen eingeladen, die Gräber der toten Kinder mit bunten Windrädern kenntlich zu machen.

Die Nachforschungen von Fischer und Wächter erhielten professionelle Unterstützung durch die beiden Historikerinnen Janet Anschütz und Irmtraud Heike, die im Rahmen des Projekts »Hannoversche Lager« schon andere Veröffentlichungen über die Zwangsarbeitslager in und um Hannover und die Außenlager des KZ Neuengamme erarbeitet hatten. Die beiden Autorinnen waren auch maßgeblich an der Gedenkschrift beteiligt, in der das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen dargestellt wurde, die am 6. April 1945



Gedenkveranstaltung für die ermordeten Kleinkinder auf dem Seelhorster Friedhof am 20. September 2006. Bild: VVN-BdA Niedersachsen

auf dem Seelhorster Friedhof erschossen worden waren.

Unter dem Titel »Gräber ohne Namen« wird der Umgang der faschistischen Machthaber mit den Kindern von Zwangsarbeiterinnen in der Zeit zwischen 1940 und 1945 dargestellt und mit Dokumenten belegt. Sie werden durch die Berichte von Zeitzeuginnen ergänzt. Fischer und Wächter stellen den Verlauf ihrer Untersuchungen und das pädagogische Konzept vor. Der reich bebilderte Band enthält auch Lagepläne und eine Gedenkliste der Opfer, so weit deren Namen und Todesumstände aus standesamtlichen Eintragungen in Godshorn und Begräbnislisten in Seelhorst rekonstruiert werden konnten.

Am 20. September, dem Welt-

kindertag, wurde dieser Band auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Anwesend war eine Zeitzeugin aus Polen, der es gelungen war, ihre damals geborene Tochter mit Hilfe ihres Mannes aus dem Lager in Godshorn zu schmuggeln und am Leben zu erhalten. Sie war in Begleitung dieser Tochter und ihres Sohnes. Im Anschluss daran wurde mit einer Gruppe von St. Georgs Pfadfindern eine Gedenkveranstaltung abgehalten und die Gräber durch Windräder markiert. **rwk**

Literatur: Hannoversche Geschichtsblätter 59/2005, Beiheft 3: Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof 1945 sowie Anschütz/Fischer/Heike/Wächter, Gräber ohne Namen, Hamburg 2006.



Schülerinnen schmücken das Grabfeld mit Windrädern.

schaft, aber auch in privaten Haushalten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft eingesetzt waren. Schwangerschaften und Entbindungen waren dabei naturgemäß störend. Es galt also, die Mütter möglichst schnell wieder ihren Arbeitsstellen zuzuführen. Ihre Kinder, als »rassisch minderwertig«

Joop Smidt lebt nicht mehr (Fortsetzung von Seite 14)

landen durch Deutschland bis nach Polen in die deutschen Vernichtungslager. Damals – aber auch heute – hatte der internationale Charakter des Widerstandes daher eine besondere Bedeutung.« Diese internationale Zusammenarbeit gelte es zu festigen und auszubauen. Als Beispiel verwies er auf die Kooperation zwischen der Dormagener Gesamtschule und der Schule 863 in Moskau. Eine deutsch-russische Schülergruppe hatte kürzlich die Venlo besucht und am

Bahnhof zwei Tafeln vorgefunden, die an die Opfer unter den Eisenbahnern in der Zeit des Zweiten Weltkrieges erinnern. Die Schüler setzen sich dafür ein, dass auch an die Deportationsopfer gedacht wird. Besonders kritisiert wurde von den Schülern, dass die Deutsche Bahn AG verhindert, dass Ausstellungen in deutschen Bahnhöfen an die Deportationen erinnern. Die Vertreter der Schwesterorganisation der VVN-BdA, der Antifaschistische Verband der Niederlande (AFVN), sicherten zu, dass sie die Arbeit konkret unterstützen werden. **U.S./U.K.**

**VVN und Gewerkschaften:
Neofa-Ausstellung
in Peine eröffnet**

Im Peiner Forum ist derzeit die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« zu sehen. Schon in den ersten beiden Tagen nutzten zahlreiche Schulklassen die Gelegenheit, sich über die Strukturen der Neonazis zu informieren und sich mit den Arbeitsblättern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu beschäftigen.

Bei der Eröffnung erklärte Landrat Franz Einhaus, der auch die Schirmherrschaft übernommen hatte, dass es »unsere Aufgabe ist, für Freiheit und Demokratie einzustehen«. Die stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende Gaby Handke betonte: »Wir dürfen nicht über rechtsextremistische Gewalttaten hinweggehen, wir müssen gerade junge Menschen sensibilisieren.« Matthias Wilhelm von der IG Metall Peine-Salzgitter ging es darum, »Menschen für ein brüderliches Zusammenleben aufzurütteln. Bei Bundesligaspielen gibt es Ärger um rassistische Fangesänge. Es ist richtig, wenn die Vereine aktiv dagegen angehen.«

Der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Peine, Peter Baumeister, forderte die Anwesenden auf, sich in ihren Parteien und Organisationen dafür einzusetzen, keine Kürzungen bei den Anti-Rechts-Programmen der Bundesregierung vorzunehmen.

Baumeister lud alle Anwesenden herzlich ein, sich auch an weiteren antifaschistischen Aktivitäten in Peine zu beteiligen: Für den 4. November wird eine Fahrt zum jüdischen Museum nach Berlin organisiert. Die Anmeldung kann bei der IG Metall Peine erfolgen. Am 9. November gibt es eine Führung über den jüdischen Friedhof in Peine-Telgte. Treffpunkt ist um 16 Uhr an der Laubenkolonie.

Peter Baumeister

Fritz Maiwald zum 90. Geburtstag



Im Kreis seiner engsten Mitstreiter und Freunde feierte unser Ehrenvorsitzender Fritz Maiwald am 26. August in Hannover seinen 90. Geburtstag. Als unermüdlicher Kämpfer für eine Welt ohne Faschismus und Krieg, als aktiver Gewerkschafter und Kommunist verfügt er über unschätzbare Erfahrungen, die er noch heute seinen jüngeren Kameraden und Genossen vermittelt. Dabei liegt ihm besonders die Aktionseinheit innerhalb der Arbeiterbewegung und mit allen anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften am Herzen.

Lieber Fritz, wir wünschen Dir noch aktive Jahre und viel Kraft im Umgang mit den Widrigkeiten des Alters. Wir brauchen Deinen Rat!

Kreisvereinigung Hannover und Landesvereinigung der VVN-BdA

Ehrung für Retter kranker Häftlinge

Vor 65 Jahren ermordet: Walter Krämer und Karl Peix

Am 6. November jährt sich der in Goslar ausgeführte Doppelmord an zwei einstmals bekannten niedersächsischen und westfälischen NS-Widerstandskämpfern – Walter Krämer und Karl Peix.

Aus diesem Anlass werden in Bad Lauterberg, wo Karl Peix wirkte und auch begraben ist, und in Siegen, wo Walter Krämer beheimatet war, mehrere Veranstaltungen stattfinden. Bernd Langer vom Verein »Spurensuche« aus Bad Lauterberg schuf einen Diavortrag mit Originaldokumenten und Ergebnissen von Zeitzeugeninterviews zum Thema »Die Ungleichen – zum 65. Jahrestag der Ermordung von Walter Krämer und Karl Peix

im KZ-Außenkommando Goslar.«

Der politische Werdegang von Walter Krämer und Karl Peix war typisch für die Zeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Aus der Arbeiterbewegung stammend, nahmen sie zunächst mit patriotischer Begeisterung am Ersten Weltkrieg teil, Krämer als Matrose, Peix als Soldat. Durch die einschneidenden Erfahrungen aus dem Weltkrieg in ihren Anschauungen geprägt, traten sie der Kommunistischen Partei bei und beteiligten sich an den revolutionären Auseinandersetzungen nach dem Krieg. Schließlich stiegen sie im KPD-Apparat zu Funktionären auf und wurden Abgeordnete im Provinziallandtag Hannover.

Als solche standen sie früh im Visier der Nazis. Walter Krämer wurde gleich nach der Machtübertragung an Hitler verhaftet, Karl Peix war noch einige Monate an der Organisation des Widerstandes aus der Illegalität beteiligt. Im KZ Buchenwald trafen sich die beiden wieder und gehörten zur Widerstandszelle im Krankenbau, die für viele KZ-Häftlinge überlebenswichtig war.

Im KZ eignete sich Krämer im Selbststudium rasch medizinische Grundkenntnisse an, organisierte die Krankenversorgung und führte sogar schwierige Operationen durch. Ohne Ansehen der Person half er jedem, der Hilfe benötigte und rettete damit einer Vielzahl von Häftlingen das Leben.

Das Wissen um die Korruption im Lager und vor allem um die Syphilis-Erkrankung des Lagerführers Koch ließ die beiden zu unliebsamen Zeugen werden. Auf Befehl Kochs wurden sie ins KZ-Außenkommando Goslar geschickt und dort am 6. November 1941 bei Hahndorf ermordet. Nach dem Krieg wurde Krämer geehrt – für sein medizinisches Engagement im KZ wurde ihm 2000 sogar von der zentralen Holocaust-Gedenkstätte in Israel, Yad Vashem, der Titel »Gerechter der Völker« verliehen. Dies geschah auf Initiative der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Siegener Falken. Eine Gedenkveranstaltung wird auch in Walter Krämers Heimatstadt Siegen stattfinden. **B.L.**

Infos unter www.nrw.vvn-bda.de

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Stefan Hölzer

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt. Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.